

# Danziger Zeitung.



Nr. 20185.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Juni. (Privatelegr.) Die „Doss. Ztg.“ führt aus, der Niedergang der Freisinnigen sei auch dadurch herbeigeschafft, daß man der Taktik ein viel zu großes Gewicht beigegeben habe. Man möge aus den jüngsten Erfahrungen die Nutzanwendung für die Zukunft ziehen, namentlich eingedenkt sein, daß über der Fraktion die Partei und über allen liberalen Parteien der Liberalismus steht und daß es nicht sowohl der Verwirklichung eines vergänglichen Programms gilt, als der Durchführung liberaler Ideen in Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung.

Berlin, 20. Juni. (Privatelegramm.) In vergangener Nacht haben hier heftige Gewitter mit viel Regen stattgefunden.

Brünn, 20. Juni. (W. Z.) Gestern Abend fanden erneute Ansammlungen von mehreren tausend Arbeitern statt. Die Cavallerie wollte die Straße säubern, wurde aber mit Steinen beworfen, so daß sie zur blanken Waffe griff. Zehn Uhr Abends war die Ruhe wieder hergestellt. Ein weiterer Versuch zur Abhaltung der untersagten Versammlung ist nicht gemacht worden. 23 Personen wurden verhaftet.

Bern, 20. Juni. (W. Z.) Einheimische Arbeiter versuchten gestern die italienischen Arbeiter mit Gewalt von den Bauplänen zu vertreiben. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, wobei fünf Italiener verwundet und 13 Personen verhaftet wurden. Abends sammelte sich vor dem Gastlokal eine große Volksmenge, richtete gegen daselbe einen lebhaften Steinbuckel und versuchte die Thüren zu erbrechen. Die Polizei, welche wiederholt Aussäße mache, wurde mit Steinwürfen empfangen. Hierauf ließen die Polizisten ein und verwundeten zahlreiche Tumultuanten.

Bern, 20. Juni. (W. Z.) Bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen einheimischen und italienischen Arbeitern wurden etwa 50 verhaftet und gegen 100, darunter mehrere schwer, verwundet. Aus Luzern war Militär requirirt, welches auch Nachts eingetroffen ist.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Juni.

## Über das Wahlergebnis

hat die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer gestrigen Abendnummer eine Tabelle veröffentlicht, in der sie die bisher gewählten 218 Abgeordneten nach der politischen Parteistellung klassifiziert, und zwar mit besonderer Rücksicht auf die Stellung derselben zu der Militärvorlage. Rechnet man die Abgeordneten nach der Zugehörigkeit zu den Parteien, die in der letzten Sesson für den Antrag Huene gestimmt haben, zusammen, so erhält man folgendes Bild. Von den 218 bereits definitiv Gewählten sind für den Antrag Huene 104 (also 51 Conservative, 12 Reichspartei, 19 Nationalliberale, 3 Mitglieder des Centrums, 12 Polen, 2 Elsässer und 2 Antisemiten), endlich die drei Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, von denen eins, der Abg. Thomson, bereits am 6. Mai für die Militärvorlage gestimmt hat. Nun haben, immer nach der Klassifizierung der „Nordd. Allg. Ztg.“, 25 Stichwahlen zwischen zwei Freunden der Vorlage stattzufinden. Man kann also ohne

(Nachdruck verboten.)

## Der längste Tag.

Am 21. Juni, Vormittags 6 Uhr 8 Min., gelangt die Sonne auf ihrer scheinbaren Wanderung ins Zeichen des Krebses. Sie steht am genannten Tage am längsten am Himmel, erreicht im Meridian die größte Höhe und damit die größte Abweichung vom Äquator nach Norden. Der Punkt, in dem das Tagesgeschehen in seiner Bewegung scheinbar einen Moment still steht, wird der Sommer-Sonnenstillstandspunkt oder das Sommer-Golfstadium genannt. Da sich nun die Sonne gleichsam zur Rückkehr wendet, so nennt man das astronomische Ereignis auch Sommer-Sonnenwende. Vom 22. Juni ab werden die Tage kürzer und die Nächte länger. Die Bahn, in der sich die Erde um den Centralkörper zu bewegen hat, ist rund 128 Millionen Meilen lang. Sie vollendet diesen Weg in 365,25636 Tagen. Sobald nun, vom 21. Juni an gerechnet, die Erde 63 Millionen Meilen jener Bahn zurückgelegt hat, was in etwas mehr als 182 Tagen geschieht, tritt der Augenblick der sog. Winter-Sonnenwende ein. Bis dahin, also bis zum 21. Dezember, in den Jahreszeiten unseres Sommers und Herbstanfangs, nimmt die Tageslänge auf der nördlichen Halbkugel fortwährend ab, während sie in denjenigen des Winters und Frühlings zunimmt.

Der Wechsel der Jahreszeiten für die verschiedenen Gegenden der Erde und die mit dem ersten verbundenen Annehmlichkeiten und Wohlfahrt verdanken wir nun nicht etwa einer Fortbewegung des Centralkörpers, vielmehr dem Umstande, daß es die Erde ist, die sich um die Sonne bewegt, und daß insbesondere die Bahn der Erde um jene zur Ebene des Äquators eine geneigte Lage hat, was die Schiefe der Ekliptik genannt

weiteres eine entsprechende Zahl von Abgeordneten den obigen 104 Abgeordneten zugesellen. Das vorläufige Ergebnis ist also 129 Mitglieder für den Antrag Huene. Gegen den Antrag kommen in Anrechnung 77 Mitglieder des Centrums, 4 süddeutsche Volkspartei, 7 Elsässer und 24 Sozialdemokraten, also im ganzen 112, dazu 21 Stichwahlen zwischen zwei Gegnern der Vorlage, ergibt im ganzen 130 Gegner. Ob sich im Reichstage eine Mehrheit für die Vorlage zufindet, hängt also von dem Ausfall der 129 Stichwahlen ab, die zwischen einem Gegner und einem Freunde der Vorlage stattfinden müssen, und zwar müssen, da die absolute Mehrheit 199 beträgt, mindestens 70 Freunde des Antrages Huene in den 129 Stichwahlen gewählt werden. Werden in den Stichwahlen Freunde der Vorlage in demselben Verhältnis gewählt wie im ersten Wahlgange, nämlich etwas über die Hälfte, so kann die zur Mehrzahl erforderliche Zahl herauskommen.

Ob das der Fall sein wird, oder ob die Stichwahlen vorwiegend günstig für die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten ausfallen werden, wie diese Parteien auf Grund früherer Erfahrungen hoffen, ist eine zur Zeit nicht zu beantwortende Frage. Die „Germania“ hält freilich an der Lieber'schen Parole, daß jedes Mitglied des Centrums, welches für den Antrag Huene stimme, aus der Partei ausscheiden müsse, fest, indem sie die seitens einzelner Kandidaten den Wählern gegenüber gemachten Vorbehalte der „freien Hand“ im Sinne des Centrumswahlaufrufes dahin interpretiert, daß der Einzelne zwar über die bisherige Friedenspräsenziffer zwar hinausgehen, aber die Ziffer des Huene'schen Antrages nicht bewilligen dürfe. Gleichwohl wird in parlamentarischen Kreisen ernstlich befürchtet, daß das Centrum sich nach den eben gemachten Erfahrungen der Gefahr einer nochmaligen Neuwahl aussehen werde, bei der die Gegenströmung v. Huene - v. Schorlemer dem Bestande der Partei leicht gefährlicher werden dürfte, als es dieses Mal bei der Kürze der Zeit der Fall gewesen ist.

## Die amtlichen Ermittlungen der Wahlresultate,

die gestern vollzogen worden sind, machen den zahlreichen Verschiedenheiten in den Zahlenangaben, die bisher existierten, ein Ende. Wolfs Bureau telegraphirt uns heute:

Berlin, 20. Juni. Bekannt sind bis jetzt definitiv 393 Wahlresultate. Gewählt sind: 49 Conservative, 12 Reichspartei, 16 Nationalliberale, 3 freisinnige Vereinigung, 80 Centrum, 12 Polen, 3 Antisemiten, 24 Sozialdemokraten, 0 Welse, 0 freisinnige Volkspartei, 1 Liberaler, 1 Däne, 2 bairischer Bauernbund, 7 clericale Elsässer, 4 süddeutsche Volkspartei. Außerdem finden 179 Stichwahlen statt; hieran sind beteiligt: 81 Sozialisten, 78 Nationalliberale, 52 Conservative, 32 freisinnige Volkspartei, 31 Centrum, 21 Reichspartei, 16 Antisemiten, 14 freisinnige Vereinigung, 11 Polen, 10 Welse, 9 süddeutsche Volkspartei, 4 niederbairischer Bauernbund, 2 Bund der Landwirthe, 1 elssässischer protestant, 1 clericale Elsässer.

In Kreuznach kommt der bisherige Vertreter Dr. v. Cuny nun doch in die Stichwahl mit dem Centrumscandidaten Graf Hompesch. Seine Wahl ist damit vollständig gesichert. Die durch genaue Zahlenangaben unterstützte Nachricht, daß Herr v. Cuny in Stichwahl mit einem zweiten nationalliberalen Candidaten, dem Abg. Anebel, komme, hat sich als irrtümlich erwiesen. Es fällt überhaupt auf, in wie vielen Fällen sich die

wird. Die schiefe Stellung der Erdage gegen die Erdbahnen ist demnach die wirkliche Ursache des Wechsels der Jahreszeiten.

Mit der zunehmenden Breite eines Ortes, d. h. mit dessen Entfernung vom Äquator, wächst die Länge des Tages oder der Nacht. Auf der nördlichen Halbkugel nimmt die Tageslänge in der Zeit vom 21. Dezember bis 21. Juni zu, also in den Jahreszeiten unseres Winters und Frühlings, mithin in der Zeit, in der sich die Sonne scheinbar dem Zeichen des Krebses nähert. Während am Äquator bei jeder Stellung der Sonne Tag und Nacht gleich lang sind, werden nach den beiden Polen hin Tag bez. Nacht immer größer. Insbesondere ist die Zunahme jenseit der Polarkreise eine auffallend schnelle. Wenn wir unter „Tag“ die Zeit, die zwischen dem Moment, wo der Mittelpunkt der Sonnenscheibe den östlichen Horizont passiert, und demjenigen Augenblick, wo das Centrum der Sonnenscheibe den westlichen Horizont berührt, verstehen, so beträgt am 21. Juni der längste Tag unter dem Äquator 12 Stunden, unter  $14^{\circ} 0'$  nördl. Br. = etwa 13 Stunden, unter  $33^{\circ} 5'$  = 14 St. 10 Min.,  $36^{\circ} 10'$  = 14 St. 26 Min.,  $42^{\circ} 0'$  = 15 St. 11 Min.,  $48^{\circ} 2'$  (München) = 15 St. 54 Min.,  $51^{\circ} 20'$  (Leipzig) = 16 St. 33 Min.,  $52^{\circ} 30'$  (Berlin) = 16 St. 46 Min.,  $55^{\circ} 50'$  (Rimmersatt) = 17 St. 31 Min.,  $64^{\circ} 30'$  = 20 St. 42 Min.,  $65^{\circ} 40'$  = 23 St. 30 Min.,  $66^{\circ} 30'$  = 24 St. 67' 18'' = 1 Monat,  $69^{\circ} 42'$  = 2 Monate,  $72^{\circ} 24'$  = 3 Monate,  $78^{\circ} 12'$  = 4 Monate,  $83^{\circ} 48'$  = 5 Monate,  $90^{\circ}$  (Nordpol) = 6 Monate. Auf den entsprechenden Breitgraden der südlichen Halbkugel fällt der längste Tag auf den 21. Dezember.

Der Tag im weiteren Sinne hat aber eine bei weitem längere Dauer. Man muß bedenken, daß das Tageslicht schon beim Erscheinen des obersten Sonnenrandes eintritt und daß es erst beim

Berichterstattung über die Wahlergebnisse als unverläßig erwiesen hat.

In Elberfeld wird die Stichwahl gleichfalls schon Freitag, den 23. Juni, stattfinden.

## Die freisinnige Vereinigung in den Stichwahlen.

Von den Candidaten der freisinnigen Vereinigung kommen zur Stichwahl: 1. Abgeordneter Richter-Danzig gegen Jochem (Soc.); 2. Dr. A. Meyer-Halle a. S. gegen Aunert (Soc.); 3. Kammergerichtsrath Schröder-Landsberg-Goldin gegen Ebert (cons.); 4. M. Brömel-Stettin gegen Herbert (Soc.); 5. Rittergutsbesitzer Maager-Glogau gegen Schulz (cons.); 6. Lorenzen-Schleswig-Eckernförde gegen Elm (Soc.); 7. Görk-Lübeck gegen Schwarz (Soc.); 8. Köpp-Wiesbaden gegen Fleischmann (Soc.); 9. Burkhardt-München I. gegen Birk (Soc.); 10. Frenzel-Rostock gegen Kreisschmar (Soc.); 11. Gaulke-Uckermünde gegen Enckevort (cons.); 12. Langerfeld-Schaumburg-Lippe gegen v. Oehms (cons.). Ferner als der freisinnigen Vereinigung nahestehend: 13. Marcus Pfützer-Karlsruhe gegen v. Rheinau (nat.-lib.); 14. Wisser-Stolz-Lauenburg gegen Will (cons.); 15. Röscke-Dessau gegen Peno (Soc.). Also 9 Stichwahlen gegen Sozialdemokraten, 5 gegen Conservative, 1 gegen Nationalliberale.

Herr Dr. A. Meyer veröffentlicht soeben in der „Gaale-Ztg.“ das Ergebnis einer Befragung, die er gestern in Halle mit den Vorständen der conservativen Ordnungs- und deutsch-socialen Partei gehabt hat. Er hat sich danach verpflichtet, für den Antrag Huene ohne jeden Vorbehalt bestreßt die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zu stimmen, gegen einen Centrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes, für eine weitere Entwicklung des Fach- und Fortbildungsschulwesens, für eine sachgemäße Regelung der Zuchthaus- und Gefängnisarbeit, für eine stärkere Heranziehung der Börse zur Steuer, für Abwehr von Viehleichen im Verkehr mit Russland, für eine zweckmäßige Versicherung der Landwirthe gegen die nicht verschuldeten Verluste durch die Maul- und Klauenseuche, für den Gesetzentwurf bezüglich den Unterstüzungswohnsitz und endlich für eine Vereinfachung der Arbeiterversicherungsgesetze. Wenn diese Vereinbarung den Erfolg hat, daß die 8769 conservativen etc. Wähler, welche im ersten Wahlgange für den conservativen Kandidaten Olimm gestimmt haben, bei der Stichwahl geschlossen für Meyer eintreten, so kann die Wahl desselben als sicher gelten, da derselbe in dem ersten Wahlgange nur um 2600 Stimmen hinter dem sozialdemokratischen Aunert zurückgeblieben ist. Bedenklicher stehen, wie schon in unseren heutigen Morgenzeitungen erwähnt war, die Aussichten der Kandidaten der freisinnigen Vereinigung, die in Stettin und Wiesbaden zur Stichwahl mit Sozialdemokraten stehen, der Herren Brömel und Köpp. In beiden Wahlkreisen stimmen die Conservativen u. s. w. für die bürgerlichen Kandidaten; die Entscheidung hängt aber davon ab, ob die für Gegencandidaten der freisinnigen Volkspartei abgegebenen Stimmen in der Stichwahl auf die Kandidaten der freisinnigen Vereinigung übertragen werden. Man sollte meinen, das wäre ganz selbstverständlich; aber unser Berliner Correspondent schreibt: „Man spricht ganz offen die Befürchtung aus, daß die freisinnige Volkspartei offen oder insgeheim für die Sozialdemokraten stimmen würden, um der freisinnigen Vereinigung den Sieg vorzuenthalten. Ob freilich die Leistung der freisinnigen Partei Urtheil haben würde, sich den Erfolgs dieser Taktik zu erfreuen, ist eine andere Frage. Auch dem Kürzlichsten würde klar werden, daß es sich hierbei wirklich nur um die ehrgeizigste Fraktionpolitik handelt.“ — Wir

vermögen zunächst nicht daran zu glauben, daß eine solche Taktik seitens der freisinnigen Volkspartei eingeschlagen wird, vor allem daran nicht, daß die Wähler Folge leisten, wenn ihnen wirklich von Berlin aus eine solche Parole zugemutet würde.

## Die mecklenburgischen und hannoverschen Particularisten.

In Mecklenburg sind die Erfolge der particularistischen Rechtspartei der eifrigsten Agitation ungeachtet unter aller Erwartung geblieben. Die Kandidaten derselben vereinigten in allen sieben Wahlkreisen zusammen 315 Stimmen auf sich, davon 114 im mecklenburg-strelitzschen Wahlkreis. Nach bisheriger Zahlung erhielten Conservative und Reichspartei 31500, Sozialdemokraten 28200, freisinnige Volkspartei (Dau., Pachnicke und Gräbner) 11600, freisinnige Vereinigung (Mommers, Frenzel und Wilbrandt) 12300, Nationalliberale (Büsing und Poppe) 7300 Stimmen. Mit diesen 315 Stimmen der Particularisten — das wird man auch in Paris einsehen — ist nicht viel Staatszu machen.

Noch bedeutungsvoller, aber für diejenigen, die auf den baldigen Zerfall des deutschen Reiches rechnen, ist das Gericht, welches über die Wahlen im ehemaligen Königreich Hannover hereingebrochen ist. Diese Herren haben nicht nur im ersten Wahlgange einen ihrer Kandidaten überhaupt nicht durchzubringen vermocht, sondern sie haben ihren 13. Wahlkreis (bisher v. Minnigerode) sofort verloren. Der 7. und 14. hannoversche Wahlkreis, den vor drei Jahren die Wahlen gleich im ersten Wahlgange erobert hatten, unterliegt diesmal einer Stichwahl. Hier, wie in allen übrigen Wahlkreisen, in welchen Wahlen aufgestellt waren, haben dieselben noch in der engeren Wahl mit nationalliberalen Mitbewerbern um den Sieg zu ringen, so daß also auch in Hannover in keiner Weise von einer Erstärkung des particularistischen Geistes gesprochen werden kann.

## Das Centrum und die Münchener Stichwahl.

In München I. hängt der Ausgang der Stichwahl zwischen Burchardt (kreis. Vereinigung) und dem Socialisten von der Stellung des Centrums ab. Der clericale „Bair. Cour.“ schreibt: „Am Tage der Stichwahl gibt es keinen Streit und Haider unter den einzelnen Ordnungsparteien, wenn es gilt, mit gemeinsamen Kräften die Sozialdemokraten energisch zurückzumeissen.“ Auch die „Augsb. Post-Ztg.“ räth entschieden, zum Kampf gegen den gemeinsamen Gegner sich zu verbünden. „Es sei doch ein recht klägliches Schauspiel, wenn diejenigen Parteien, die noch wenigstens in gewissen Punkten einen gemeinsamen Boden bei allen sonstigen Gegensätern haben, sich fortwährend zerfleischen zum Gaudium einer dritten Partei, mit der sie nichts, aber auch gar nichts gemeinsam haben.“

## Die Wahlen in den Reichslanden.

In Frankreich herrschte eitel Jubel und Freude über den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen. Man wollte in ihnen den kräftigsten Protest gegen die Zugehörigkeit zu Deutschland erblicken. Und wie sieht es in Wahrheit damit aus? Von den 15 Abgeordneten der Reichslande sind fünf deutsch geblieben und der Militärvorlage günstige Männer, die Herren Prinz Hohenlohe, Born v. Bulach, Hößel, Voßkett und Pöhlmann, im ersten Wahlgang gewählt worden; in Colmar stehen zwei der Militärvorlage günstige Kandidaten zur Stichwahl; in Straßburg, wo der Kandidat der Nationalliberalen Dr. Petri in Stichwahl mit Bebel steht, wird der erste voraussichtlich gewählt werden. Das wären sechs bis sieben Freunde der Militärvorlage, also fast die Hälfte der Gesamtzahl. Die Wahlen insbesondere des Sohnes des Statthalters und des Kreisdirectors Pöhlmann sind so glänzende Anerkennungen der deutschen Verwaltung

soll mit derjenigen verglichen werden, welche ein fremder Körper, in diesem Falle ein Bleiklotz von nicht weniger als 8 Kubikm. Größe, also beinahe 2000 Cr. Gewicht, auf ihn ausübt. Von anderweitigen Verdachten, welche man bisher zu demselben Zweck gemacht hat, unterscheidet sich die gegenwärtige Methode dadurch, daß sie die beiden Kräfte durch direkte Wägung mit einander vergleicht. Das Laboratorium, in einer Kajematze zu Spandau gelegen, hat den Vorteil, möglichst erschütterungsfrei zu sein. Auch in anderer Beziehung werden die größten Anstrengungen gemacht. Störungen zu vermeiden; so wird der Zeiger der Waage von einem Nebenraume aus mittels eines Fernrohrs abgelesen, damit durch die Nähe des Beobachters keine störende Änderung der Temperatur oder dergleichen entsteht; um ein Kosten der Apparate zu verhindern, hat man zwei große Bleiwasen von je einem Quadratmeter Oberfläche mit Schwefelfäule gefüllt, welche die Feuchtigkeit aus der Luft absaugt. Die Waage selbst hat bei einer beiderseitigen Belastung von einem Kilogramm eine Genauigkeit von einem hundertstel Milligramm. Sie hat auf jeder Seite zwei Waagschalen, von denen jedes eine untere vermittelst eines etwas mehr als drei Meter langen Drahtes an der oberen hängt. Legt man ein Kilogrammstück in diese untere Schale, so ist es dem Erdmittelpunkte näher und wird folglich stärker angezogen, als wenn man es in die obere legt. Am deutlichsten tritt diese Differenz zu Tage, wenn man etwa zunächst die linke untere und die rechte obere, dann die linke obere und die rechte untere Waagschale benutzt. Die Waage wird sich zuerst nach links, sodann nach rechts neigen. Der Unterschied, welchen die Herren Krieger-Menzel und Richards gefunden haben, beträgt etwa  $6\frac{1}{2}$  Mg. Aus verschiedenen Gründen weicht der beobachtete Wert von dem theoretisch berechneten etwas ab. Demnächst soll nun der Bleiklotz zwischen den oberen und den unteren Schalen aufgebaut werden; er wird dann durch seine Anziehung den oben erörterten Unterschied annähernd aufheben, so daß sich sein Einfluß unbeschwert bestimmen lassen.

und der Zufriedenheit mit den Verhältnissen, wie man sie gar nicht erwarten konnte. Die Verhöhnung mit der deutschen Herrschaft hat niemals einen kräftigeren Ausdruck gefunden.

#### Fürst und Wahlkandidat.

Unser Berliner A-Correspondenttheilt uns folgende Episode aus dem Wahlkampfe mit:

Ein freisinniger Reichstagskandidat in einem thüringischen Kleinstaat wurde von einem dortigen Gesinnungsgenossen eingeladen, die Gehenswürdigkeiten des dem Landesherren gehörigen Schlosses in Augenschein zu nehmen. Da der Fürst zur Zeit gerade in dem Schlosse Aufenthalt genommen hatte, so bedurfte es zu einer solchen Besichtigung der besonderen Erlaubnis der Schlossverwaltung. Die beiden Herren gaben ihre Karte ab und nach wenigen Minuten erschien zu ihrer Überraschung der Fürst selber, begrüßte den ihm persönlich bekannten Landsmann und ließ sich sodann den Reichstagskandidaten vorstellen, der ihm nicht ganz fremd war, da er in dritter Gegend in 34 Tagen 58 Wählerversammlungen abgehalten hatte! Der Fürst übernahm in liebenswürdigster Weise die Führung und blieb dann noch längere Zeit in angenehmer Unterhaltung mit den beiden Herren beim Glase Wein beisammen.

Wäre Bismarck noch am Auler, so hätte dieser „Zwischenfall“ in der Wahlkampagne, diese Conspiration mit dem „Reichsfeind“ vielleicht eine Intervention von Berlin aus zur Folge gehabt, wie eine solche schon früher einmal erfolgte zur Zeit, da der gegenwärtige Danziger Oberbürgermeister in jenem Kleinstaat Beamter war.

#### Die Rechtsmittel bei der Einkommensteuer.

Das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 hat bekanntlich die Declarationspflicht nur für die Einkommen über 3000 Mk. eingeführt, und erfolgt die Steuererklärung für die geringeren Einkommen durch eine Voreinschätzung. Im übrigen organisiert es die Veranlagung wie die Rechtsmittel gegen diese ganz gleichmäßig. Insbesondere ist statt der Reclamation bei der Bezirksregierung, in gewissen Fällen bei der Bezirkscommission und des Recurses an den Finanzminister für die Klassensteuer und der Remonstration bei der Einschätzungscommission und der Reclamation bei der Bezirkscommission für die Einkommensteuer einheitlich die Berufung an die Bezirks-Berufungskommission, sowie gegen deren Entscheidung die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gegeben. Die Rechtsmittel sind auf diese Weise so gestaltet, dass eine fiscalische Einwirkung ausgeschlossen ist. Dies tritt namentlich bei den Einkommen unter 3000 Mk. hervor, bezüglich deren früher die Beschwerden übrigens von Organen der Finanzverwaltung entschieden wurden. Diesem Umstande, in Verbindung mit der Rückwirkung, welche die Einführung der Declarationspflicht mittelbar auch auf die Veranlagung der ihr nicht unterworfenen Steuerpflichtigen über muß, ist es wohl zuzuschreiben, dass die Zahl der Steuerbeschwerden bei den Einkommen unter 3000 Mk. von 1891/92 zu 1892/93 von 8,9 auf 13 Proc. gestiegen ist und dass davon 69,6 gegenüber 16,7 Proc. im Vorjahr berücksichtigt sind, sowie Erhöhungen um 4,9 Proc. des Solls gegen 2,6 Proc. im Vorjahr stattgefunden haben.

Ein wesentlich anderes Bild zeigen die Berufungen betreffs der declarationspflichtigen Einkommen. Bei diesen hat trotz der Neuheit und Schwierigkeit des Verfahrens sich nur ein Zuwachs der Berufungen von 10,2 auf 11,2 Proc. ergeben. Von den eingelegten Rechtsmitteln sind aber nur 49,9 Proc. gegen 55,2 im Vorjahr berücksichtigt worden und ebenso beläuft sich die Erhöhung des Solls in Folge des Rechtsmittels auf nur 1,4 Proc. gegen 1,5 Proc. im Vorjahr. Während also sowohl betreffs der Zahl der eingelegten Rechtsmittel als auch der berücksichtigten wie des Betrages der Erhöhungen sich bei den nicht-declarationspflichtigen Einkommen ein starker Zuwachs zeigte, ist bei den declarationspflichtigen Einkommen die Zahl der eingelegten Rechtsmittel gleichfalls um 1 Proc. gestiegen, die Zahl der berücksichtigten Rechtsmittel und der Betrag der Erhöhungen aber ist gesunken. Es ist dies die augenscheinliche Folge der in der Declarationspflicht liegenden größeren Gewähr für die richtige Veranlagung und berechtigt für die Folge zu durchaus günstigen Erwartungen.

Zur den Gebrauch des zweiten Rechtsmittels ist endlich gegen 1891/92 durchweg eine sehr bedeutende Abnahme zu constatiren. Gegen die von den Berufungskommissionen getroffenen Entscheidungen sind 13 061 Beschwerden an das Oberverwaltungsgericht eingeleitet. Auf je 1000 Steuerpflichtige fallen also 5,4, auf je 1000 Berufungen 41,9 Beschwerden. Zum Vergleich mit dem Vorjahr ist den Beschwerden die Summe der Recurse von Klassensteuerpflichtigen der Stufen 3 bis 12 und der Reclamationen von Einkommensteuerpflichtigen gegenüberzustellen. Im J.-re 1891/92 sind an Recuren der Stufen 3 bis 12: 18 822, Einkommensteuerreclamationen 496, zusammen 22 918, also 11,5 auf je 1000 Steuerpflichtige und 126,4 auf je 1000 gegen die Veranlagung erhobene Rechtsmittel (181 261) eingeleitet. Der Grund liegt zum Theil wohl in der verwaltungsgerichtlichen Form und in der Kostenpflichtigkeit der unbegründeten Beschwerden.

#### Die deutsche Eisenbahntarif-Commission.

In der am 17. Juni begonnenen 50. Sitzung der deutschen Eisenbahntarif-Commission gab der Vorsitzende, Herr Ober-Regierungsrath Wittlich-Berlin, eine sehr interessante Uebersicht über die bisherige Thätigkeit dieser 1877 auf Anordnung der beteiligten Bundesregierungen eingesetzten Körperschaft, der seit 1878 der Ausschuss der Verkehrsinteressenten angegeschlossen worden ist. In 50 Sitzungen sind 1093 vorliegende Anträge auf Änderungen des deutschen Eisenbahngütertariffs ic. beraten worden, von denen 1024 zu endgültiger Beschlussfassung in den General-Conferenzen der deutschen Eisenbahnverwaltungen gelangten. Hierzu wurden 895 nach den Beschlüssen der Commission, 127 von derselben abweichend erledigt. Geht schon hieraus hervor, dass die Thätigkeit der Commission eine vielseitige war, so ist dieselbe für die Weiterentwicklung des deutschen Eisenbahntarifwesens eine recht segensreiche gewesen, was sicher in allen bei dem Güterverkehr besonders interessirten Kreisen dankend empfunden werden wird. Zur Zeit gehören der Commission an von den Bahnen: Die Eisenbahndirectionen zu Berlin, Breslau, Elberfeld, Frankfurt a. M., die Generaldirectionen der Staatsbahnen in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Elsaß-Lothringen, Oldenburg und

Oberhessen, die hessische Ludwigsbahn und die Pfälzbahn, — vom Ausschuss der Verkehrsinteressen, und zwar aus dem Handel die Herren: Geh. Commerzienrat Frenzel-Berlin (Vorsitzender), Geh. Commerzienrat Michel-Mainz, Wörmann-Hamburg, Baum-Mannheim, aus der Industrie: Geh. Commerzienrat Dr. Websky-Breslau (1. stellvertretender Vorsitzender), Geh. Commerzienrat Langen-Aöln, Generaldirektor Servaes-Ruhrtort, Schlesberger-Mülhausen, aus der Landwirtschaft: Dehonomirath Uhlemann aus dem Königreich Sachsen (2. stellvertretender Vorsitzender), v. Hövel-Rheinland, Domänenrat Rettig-Medienburg, v. Wölflin-Württemberg; außerdem als Vertreter von Baiern: Commerzienrat Weidert-München.

#### Brände in Preußen 1891.

Beim Königlichen Statistischen Bureau sind 26 446 Jährlkarten eingegangen, welche über Brände im Jahre 1891 berichten. Daron dienen 403 zur ausführlichen Beschreibung von Grundstücken, auf denen so viele Gebäude durch Feuer beschädigt wurden, dass eine Brandzählkarte zur Beschreibung aller nicht ausreichte. Ferner verloren 170 Schornstein- und 329 sonstige Brände ohne Schaden oder veranlaßten doch nur einen Verlust von weniger als einer Mark Werth. Von diesen bloßen Eisenbränden wurden aus Berlin 50, dem Regierungsbezirk Schleswig 47, Düsseldorf 21, Breslau 14 und Danzig 12, von sonstigen als unschädlich betrachteten Bränden aus Berlin 168, dem Bezirk Danzig 22, Potsdam 16, Wiesbaden 13, Breslau und Schleswig je 12 gemeldet; in den übrigen Regierungsbezirken berichten sogar höhere Städte kaum einmal etwas von solchen Ereignissen, mit denen also wissenschaftlich nichts anzfangen ist.

Die der statistischen Aufbereitung unterliegenden Schadenbrände haben sich gegen das Vorjahr wiederum vermehrt und die Zahl 23 636 erreicht; das sind 11,69 v. H. und die 25 544 befreisten Besitzungen 9,77 v. H. mehr als im Vorjahr. Aus der selten unterbrochenen Zunahme der Brände könnte man schlimme Bevürchtungen schöpfen, wenn nicht wiederholts nachgewiesen wäre, dass die von Anfang an unvollständige Berichterstattung, namentlich über kleine Brände mit sehr geringfügigem Schaden, nach und nach vollständiger geworden ist. Ein sicheres Zeichen dafür gibt die Abnahme der durch Weiterverbreitung des Feuers beschädigten Besitzungen auf 1908, die niedrigste bisher festgestellte Zahl der angestellten Schäfte; denn gerade Brände, welche über den Ausbruchsherd hinaus geblieben sind, pflegen zu den verderblichsten zu gehören. Wenn in dem verhältnismäßig geringen Schaden verursachten Brandjahr 1882 nur 13 467 Brände gemeldet, von ihnen aber 2874 Besitzungen weiter ergriffen wurden, so zeigt sich vor den damaligen 21,34 Hunderttausenden die auf 1891 treffende Verbreitungsziffer von 8,07 v. H. vortheilhaft aus. Daher ist es sehr wohl möglich, dass der 1891 durch Feuer entstandene Gesamtsummen Preußens niedriger als in irgend einem früheren Jahre ausgefallen ist.

Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke wurden 1891 gemeldet:

für die Bezirke	Schaden- brände	betr. Be- stimmungen
Königsberg . . .	926	996
Gumbinnen . . .	386	451
Danzig . . .	562	616
Marienwerder . . .	557	629
Stadt Berlin . . .	4238	4242
Potsdam . . .	1188	1299
Frankfurt . . .	597	679
Göttingen . . .	490	571
Röslin . . .	258	301
Grolsland . . .	115	121
Posen . . .	667	760
Bromberg . . .	511	541
Breslau . . .	1025	1067
Liegnitz . . .	542	602
Oppeln . . .	742	816
Magdeburg . . .	713	774
Merseburg . . .	598	641
Erfurt . . .	206	248
Schleswig . . .	1193	1249
Hannover . . .	431	463
Hildesheim . . .	239	269
Lüneburg . . .	261	298
Claude . . .	183	203
Osnaabrück . . .	257	281
Aurich . . .	113	115
Münster . . .	373	387
Minden . . .	253	271
Arnsberg . . .	729	753
Raesfeld . . .	548	684
Wiesbaden . . .	516	572
Koblenz . . .	296	388
Düsseldorf . . .	1950	2030
Röhl . . .	1108	1159
Trier . . .	335	441
Aachen . . .	509	602
Sigmaringen . . .	23	25

In der französischen Deputiertenkammer kam es gestern wieder zu recht lebhaften Scenen. Der Ministerpräsident Dupuy wandte sich gegen die vorgeschlagene partielle Erneuerung der Kammer, indem er auf die Unzuträglichkeiten des Vorschlags hinwies, durch dessen Verwirklichung die Wahlagitation noch häufiger entstünde und die Einheitlichkeit der Kammer gestört werden würde. Man solle das allgemeine Wahlrecht nicht verstümmeln und das gegenwärtige Wahlsystem nicht ändern; es wäre das gleichbedeutend mit dem Ausdruck des Misstrauens gegenüber demselben. Rivet trat für den Gesetzentwurf ein. Als hierauf Clemenceau die Rednertribüne bestieg, riefen Millevoye und Deroulede heftig die Rufe gegen denselben: „Sie haben fremde Gelder untergeschlagen! Sie sind ein ausländischer Agent! Sie haben kein Recht zu sprechen!“ (Lebhafte Zustand.)

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, sprach Clemenceau, von Deroulede und Millevoye wiederholt unterbrochen, gegen den Entwurf. Hierauf lehnte die Kammer mit 323 gegen 214 Stimmen ab, in die Einzelberatung des Gesetzentwurfs einzutreten. Deroulede erklärte, er habe jene Rufe gegen Clemenceau gerichtet, weil das, was in Bournemouth vorgehe, Gladstone die Hand habe, sich der bei Herz beschlagnahmene Schriftstücke gegen Frankreich zu bedienen. (Lebhafte Wortwechsel zwischen Clemenceau und Deroulede, welcher unter lebhafter Bewegung der ganzen Kammer die Tribüne verließ.) Millevoye verlangte, die Regierung am nächsten Donnerstag über den Stand der Unterhandlungen zwischen Frankreich und England bezüglich der Auslieferung von Herz befragten zu dürfen. Dupuy erklärte sich zur Beantwortung der Interpellation bereit. Die Sitzung wurde aufgehoben.

Clemenceau hat Deroulede und Millevoye seine

Zeugen geschickt. Dieselben haben es jedoch abgelehnt, die Forderung anzunehmen.

#### Bewicklungen in Peru.

Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Newyork hat das englische Kriegsschiff „Melpomene“ wegen der politischen Situation in Peru den Befehl erhalten, nach Callao in See zu gehen. Der „Newyork Herald“ heißt mit, der chilenische Kreuzer „Almirante Bohorquez“ sei beordert worden, den der peruanischen Hauptstadt nächst gelegenen Hafen anzulaufen.

#### Die Bevölkerung der Union.

Der erste Band des „Compendiums des ersten Census“ in den Vereinigten Staaten ist soeben erschienen. Aus demselben ersehen wird die folgenden interessanten Thatsachen: Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bestand am 1. Juni 1890 (dem Tage, an welchem der Census abgenommen wurde) aus 62 622 250 Seelen. Die Indianer und andere Personen auf indianischen Territorium, indianischen Reservatgebieten und in Alaska mit eingeschlossen, betrug die Bevölkerung 92 979 766 Seelen. — In 1880 belief dieselbe sich — mit Ausfluss derselben Personen — auf 50 155 283. Der absolute Zuwachs in dem Decennium war daher 12 466 467 oder 25 Proc. Zwischen 1860 und 1880 verdoppelte sich die Bevölkerung: im ersten Jahre war sie 31 443 321 — die Indianer nicht mit einbezogen. Angenommen, dass die Zunahme der Bevölkerung seit 1. Juni 1890 sich in demselben Verhältnis vermehrt habe, wie während der Jahre 1860—90, so müsste dieselbe am 1. Juni 1893 beinahe 67 300 000 gewesen sein. Von der Gesamtbevölkerung — die Indianer ausgeschlossen — waren 53 372 702 amerikanischer und 9 249 547 oder 14,7 Proc. fremder Geburt. Die größte Anzahl der letzteren war in North Dakota, welches 45,8 Proc. hatte. Unter den anderen Staaten hatten Minnesota 35,9 Proc., Wisconsin 30,78, Rhode Island 30,77, California 30,32, Massachusetts 29,35, Newyork 26,19, Michigan 25,97, Connecticut 24,6, New Jersey 22,77, Illinois 21,01, Iowa 16,95, Pennsylvania 16,08, Ohio 12,51 und Kansas 10,36 Proc. Bevölkerung von fremder Geburt. Mehrere der neuen Staaten und Territorien im Nordwesten hatten große fremde Bevölkerungen, North Dakota hat die größte. Unter den nördlichen Staaten hat Indiana den geringsten Prozentsatz von Einwohnern fremder Geburt — nämlich 6,67 Proc.; Virginien, Tennessee und Arkansas haben jedes nur 1 Proc. Die Gesamtzahl der Personen von afrikanischer Abstammung war am 1. Juni 1890 in den Vereinigten Staaten 7 470 040, außerdem gab es noch 107 475 Chinesen und 2039 Japaner. In 1860, gerade vor dem Ausbruch des Sezessionskrieges, zählte die Bevölkerung von afrikanischer Abkunft 4 411 830 Seelen. Newyork war bis zur Zeit des Census von 1820 der volkreichste Staat in der Union. Illinois nahm in 1890 den zweiten Rang, Ohio den vierten, Missouri den fünften ein, und dann folgten Massachusetts, Texas, Indiana und Iowa. Die Bevölkerung der nordwestlichen Gruppen von neuen Staaten verdoppelte sich während 1860—90, während Nevada an Bevölkerung abnahm. Das Wachsthum des Staates Washington von 1880 bis 1890 war verhältnismäßig größer als das irgend eines anderen Staates: seine Bevölkerung verfüllte sich beinahe während dieser Periode. In 1880 gab es nur eine Stadt, die eine Bevölkerung von über 1 000 000 Seelen besaß — nämlich New York. In 1890 gab es drei solcher Städte — nämlich New-York, Chicago und Philadelphia. In 1870 gab es nur 14 Städte, von denen jede mehr als 100 000 Einwohner enthielt. In 1880 hatte sich diese Zahl auf 20 und in 1890 auf 28 vermehrt.

#### Deutschland.

„Berlin, 19. Juni. Verschiedene preußische Eisenbahndirectionen fordern ihre Beamten, namentlich die Civilsuperintendente von Zeit zu Zeit auf, sich im eigenen Interesse der Erlerung der Stenographie zu besleben. Da durch die Kenntnis der Kurschrift und die Fähigkeit, sie praktisch zu handhaben, die Erledigung der schriftlichen Arbeiten wesentlich vereinfacht wird, so erfährt der gesammte Dienst der Beamten dadurch eine Erleichterung. Zu wünschen wäre nur, dass man möglichst auf die Erlerung eines und des selben Stenographiesystems hielte. Auch damit sind nicht unwesentliche Vortheile verbunden. Verschiedene Eisenbahndirectionen empfehlen zu diesem Zwecke in erster Linie die Erlerung des Gabelsbergerschen Systems, weil dieses System nicht nur das verbreitetste in Deutschland überhaupt ist, sondern auch, weil es in einigen Bundesstaaten bereits an den höheren Lehranstalten gelehrt wird.“

\* [Der Kaiser und die Reichstagswahlen.] Der Kaiser und die Reichstagswahlen.

Der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Grafen v. Caprivi ist sturmisch gewesen. Man muss sich auf eine heftige Botschaft des Kaisers gefasst machen. Die heute bekannten Resultate haben eine wahrsame Befürchtung in der offiziellen Welt verursacht.

\* [Ein Soldatenmisshandlungssprozeß]. Der schlimme

Rohheits eines Unteroffiziers gegen seine Untergebenen zu Tage förderte, beschäftigte jüngst wieder einmal das Würzburger Militärgerichtsgericht. Der Unteroffizier Lorenz Haag des 19. Infanterie-Regiments in Erlangen hatte die ihm zur Überwachung überwiesenen Rekruten fälig und bei jeder Gelegenheit mit Ohrenfeigen und Schlägen traktiert, weil dieselben beim Exerciren Ungehorsame begegneten. Einen misshandelte er so arg, dass derselbe in das Lazarett geschafft werden musste. Rekruten, welche zur Strafe nachgerückt waren, mussten auch die Strafe nachgerückt werden. Haag war in der Anrede mit präsentiertem Gewehr so lange sitzen, bis sie es nicht mehr aushalten konnten, und als Verschärfung dieser Tortur mussten sie zeitweise eine Hand vom Gewehr abnehmen. Haag war schon wegen Anrempelung einer Frau auf der Straße, wegen Streites mit Civilisten, Anpumpens von Untergebenen und groben Unfugs vorbestraft worden. Haag warnte seine Untergebenen stets, sich zu beschweren, und wenn er dem einen oder anderen Schläge verabfolgt hatte, hielt er an die Misshandlungen immer eine Ansprache, die lautete: „So, jetzt geht's auf zum Feldwebel und b'schwert's Euch, der wird Euch scho' nausschmeißen.“ Die Folge davon war, dass die Leute nicht zu dem Feldwebel zu gehen wagten. Die Misshandlungen wurden dadurch bekannt, dass ein Mann von der Abtheilung Haags wegen Unwohlseins untersucht wurde und der Arzt eine Geschwulst und Confusionen auf der Brust entdeckte, die, wie der Betreffende selbst eingestand, von den Misshandlungen herrührten. Die Untersuchung nahm nun ihren Lauf und Haag wurde

Strasburg, Hennsen, Thorn, Dirschau, Mewe, Neustadt, Marienburg, Riesenborg, Lautenburg, Neuenburg und Graudenz durch etwa 80 Delegierte und Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Herr Julius Schubert-Danzig erstattete den Jahresbericht, aus dem sich ergiebt, daß der von 16 Jahren in Graudenz gegründete Verband zur Zeit 492 Mitglieder zählt. Es folgte der von Herrn Karow-Danzig erstattete Kassenbericht, der mit 3438 Mk. Einnahme und 3137 Mk. Ausgabe schließt, so daß das Vermögen des Verbandes rund 2300 Mark beträgt. Weiter wurde u. a. über die Errichtung einer Unterstützungsstiftung berathen und die Errichtung empfohlen. Die Abänderung des Gesetzes über die Sonntagsruhe wurde im Interesse des Bäckergewerbes für dringend nötig erklärt. Als Ort für den nächsten Verbandsstag wurde Danzig bestimmt. In den Vorstand wurden die ausscheidenden Mitglieder Julius Schubert, Karow und Graudenz-Marienburg wieder, an Stelle des ausscheidenden Herrn Sander, Herr Karl Schubert-Danzig und an Stelle des Herrn Boldt-Langfuhr, der sein Amt niedergelegt hat, Herr Albert Schubert-Danzig gewählt.

\* [Socialdemokratische Versammlung.] Gestern Abend fand in Schiditz im Kreislichen Lokale eine socialdemokratische Wählerversammlung statt, in welcher vornehmlich Herr Jochem sprach. Nachdem derselbe seine Genossen aufgerufen hatte, Mann für Mann in der Stichwahl für ihn einzutreten, behandelte er sein altes Lieblingsthema über die freisinnige Partei als „Partei der Kapitalisten“ etc. in den verschiedensten Variationen. Der Vertreter dieser „reactionären Partei“, Herr Richert, stände zur Diskussion, und um ihn sicher durchzubringen, sei der „Schach“ über die gegenwärtige Stimmabstimmung zwischen Conservativen und Freisinnigen im Stadt- und Landkreise Danzig schon im besten Gange. (Ob außer Herrn Jochem, der ja vorzügliche Berichterstatter über eine wunderbare rege Phantasie zu haben scheint, irgend jemand im Stadt- oder Landkreise von diesem „Stimmenschach“ etwas weiß, bezweifeln wir. D. Red.) Dann erzählte Herr Jochem seinen entrüsteten Zuhörern eine Reihe von „Ungefehlkeiten“, die vor den Wahlen in Bezug auf diese angeblich vorgekommen seien. So habe man, wie Herr Jochem zu berichten, auf verschiedenen Holzfällern die Arbeiter erst so spät entlassen, daß sie ihr Wahlrecht nicht mehr hätten ausüben können, in der Furcht, sie würden socialdemokratisch wählen. Ferner seien in einem Wahllokal in Schiditz in der Zeit von 5–6 Uhr Nachmittags nur etwa 30 Arbeiter abgesetzelt worden und Arbeiter, die erst kurz vor 6 Uhr gekommen seien, seien nicht mehr zugelassen worden. In Gr. Sünder seien Personen seiner Partei Stimmzettel und Wahlaufrufe abgenommen und bis heute noch nicht zurückgestellt worden; mit seiner diesbezüglichen Beschwerde beim Landratsamt sei er wegen mangelnder Legitimation abgewiesen worden. Das Schlimmste sei aber in Praust geleistet worden. Dort sei ein Arbeiter mit seinem vierzehnjährigen Sohn, als sie Stimmzettel und Aufrufe verbreiteten, einfach arreliert und vom Gendarmerie mit gezogenem Säbel zum Arrestlokal transportiert worden. Daraus hätte man sie etwas später wieder freigelassen, mit dem Bedenken, sie dürften keinen Menschenauflauf verursachen, und es dürften nicht mehr als 3 Menschen um sie stehen. Später sei Vater und Sohn abermals arreliert und ins Gefängnis von Praust gesteckt worden. Am nächsten Tage seien beide dann nach Danzig ins Gefängnis transportiert und hier der Vater vom Sohne getrennt worden. (Eine nähere Prüfung dieser Behauptungen wird wohl nicht ausbleiben.) Herr Jochem erklärte gegen die Gültigkeit der Wahl im Landkreise beim Reichstage Protest einlegen zu wollen.

Stilem dieselben Behauptungen, welche Herr Jochem in der gestrigen Versammlung vorgetragen hat, enthält auch ein zu Gunsten der Wahl des Herrn Jochem gestern hier verbreitetes Flugblatt. Es wird darin auch freisinnigen Männern ohne nähere Angabe, welche eine Prüfung dieser Behauptung auf ihren Wahrheitswert ermöglicht, der Vorwurf gemacht, daß sie Arbeitern nicht die Zeit gewährt hatten, zur Wahl zu gehen. Dass man dieser Behauptung vorweg Glauben schenkt, werden die Herren Jochem und Genossen nach ihren übrigen Leistungen in dem betr. Flugblatt nicht gut verlangen können. Es heißt da z. B.: „Arbeiter, denkt daran, als im Winter 1891/92 in Danzig der große Notstand war, er kürten die Freisinnigen (!), sie wären nicht verpflichtet, für Arbeit zu sorgen. Das ist freisinnige Fürsorge für Euch! Wo und wann „die Freisinnigen“ eine solche Erklärung abgegeben haben, verschweigt das Flugblatt sorgfältig. Wer hat denn nun für die beschäftigungslosen Familienväter damals gesorgt — etwa Herr Jochem? Man müßte doch von seinen Bemühungen, gleichviel ob mit oder ohne Erfolg, irgend etwas gehört haben. Freisinnige Männer waren es vorwiegend, welche damals mit größter Hingabe sich bemühten, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und den in Not gerathenen Familien über die schweren Wintertage hinweg zu helfen. Herr Jochem hat sich dabei in keiner Weise beteiligt. Was das socialistische Flugblatt sonst über die freisinnige Partei, welche nur von „reichen Kaufleuten und Fabrikanten gebildet werde“ (!), sagt, steht zu der Wahrheit ebenso schroff in Conflict wie die vorstehende Behauptung.

\* [Grafkammer.] Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich heute der Hofstaller Adolf Scheffler zu verantworten. Derselbe kam am 16. Januar, Nachmittags gegen 5 Uhr, vom Sandwege aus mit seinem Schlitten durch das Langgarter Thor gefahren. Vor dem Gespann waren zwei mutige Pferde. Der Angeklagte hätte die Verpflichtung gehabt, durch das Thor langsam zu fahren, das tat er jedoch nicht. Der zufällig des Weges kommende Arbeiter-Invalide Hermann Schulz wurde von der Schlittenspitze erschlagen, zu Boden geschleudert und überfahren. Schulz mußte ins Lazareth, wo er 14 Tage zu Bett lag. Heute noch leidet er in Folge des Unfalls an Schwellhörigkeit. Scheffler hat dem verletzten Schulz ein Schmerzensgeld von 50 Mk. gezahlt. Er wurde heute wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Des Verlusts der Verleitung zum Meineide, Jagdvergehen und Widerstand gegen die Staatsgewalt war der Arbeiter Johann Miotke aus Schloss Neustadt angeklagt. Derselbe hat in der Zeit vom 14. September 1892 bis 23. Februar 1893 den Bauern August v. Bobriski und dessen Bruder Johann, die beide eine längere Juchthausstrafe verbrüten und heute aus Neustadt vorgeführt wurden, sowie das Dienstmädchen Franziska Mack zu wiederholten Malen aufgesfordert, in einem Prozeß wegen Jagdcontravention, in dem er verwickelt war, ihm günstige Ausfagen zu machen, und zwar in der Weise, daß er, Miotke, in der Zeit vom 11. bis 17. September bei Bobriskis gearbeitet und die Arbeit nie eine längere Zeit verlassen habe, daß er also in dieser Zeit nicht die Jagd habe ausüben können. Ferner wird dem Angeklagten zur Last gelegt, dem Gerichtsdienner Basche, der ihn verhafte sollte, energisch Widerstand geleistet zu haben. Die Beweisaufnahme ergiebt, daß der Angeklagte sich des ihm zur Last gelegten Verbrechens und Vergehens schuldig gemacht habe, was er auch schriftlich zugibt. Der Gerichtshof urteilt Miotke wegen des Verbrechens der Verleitung zum Meineide zu 2 Jahren Juchthaus, wegen des Jagdvergehens zu 6 Monaten und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis, zu einer Gesamtstrafe von 2½ Jahren Juchthaus, sowie Confiscation des Gewehrs, Juläufigkeit von Polizeiaufschluß, sowie 3 Jahre Ehrverlust.

\* [Wassermangel.] In Folge des Wassermangels in der städtischen Leitung und in der Radaune werden

die Besprengungswagen für die Straßen jetzt mittels der Dampfspritze an der Fußbrücke mit Mottoauflauffesten gefüllt.

[Polizeibericht vom 20. Juni.] Verhaftet: 3 Personen wegen Ungehörtreibens. — Gefunden: 1 weißer englischer Kattenjäger mit braunem Fleck an der linken Kopfseite, abzuholen Mottoauflauffest Nr. 13 II. links; 1 Diener-Mühe, abzuholen bei Herrn Büchsenmacher Oswald v. Glawacki, Hirschgasse Nr. 13; 1 Brosche am 4. Juni cr., 8 Schlüssel am Ringe am 4. Juni cr., 1 Handwageneleiter, 1 Goldbuch des Sergeanten Heinrich Julius Teschner, 1 Portemonnaie mit Geld, 1 Hundemaulkorb, 1 Schlüssel, 2 Cigarettenfächer; abzuholen im Fundbüro der königl. Polizeidirection. — Verloren: 1 kleine goldene Damenuhr mit Kette; abzugeben im Fundbüro der königl. Polizeidirection.

## Aus der Provinz.

wr. Pothig, 19. Juni. Zu dem bereits telegraphisch mitgetheilten Wahlergebnis ist noch zu bemerken, daß von 34 384 Stimmabgeordneten in unserem Wahlkreis nur 19 339 das Wahlrecht ausgeübt haben. Neben den 3 erwähnten Kandidaten erhielten noch hr. Böning 212 Stimmen. Der Socialdemokratie ist es nicht gelungen, hier Fuß zu fassen, denn nur sehr vereinzelt, in ganz 72 Stimmen, sind für Jochem abgegeben. — Eine Herrengeellschaft, bestehend, traf heute Nachmittag per Dampfer hier ein, begab sich unter Vorantritt der Pfarrkirche nach den Anlagen, nahm in und vor dem Hotel W. den Kaffee ein und trat nach etwa 1½ Stundigem Aufenthalt die Rückfahrt an. Grobes Vergnügen bereitete es unserer älteren Jugend, den Herren aus dem Marktplatz mehrere patriotische Lieder vorsingen zu dürfen, um dafür Geld und Gebäck einzuholen.

F. Petzlin, 19. Juni. Gestern gegen Abend begab sich ein 19jähriger Jungling aus dem königlichen Dominium Rathstube bei Raikau in Gemeinschaft mit mehreren Kameraden an den dem Befehl W. aus Raikau gehörigen Teich, um in demselben zu baden. Des Schwimmens unkundig, gelangte er in eine tiefe Stelle des Gewässers, wo er ertrank.

X. Marienburg, 19. Juni. Unsere Trinkwasserangelegenheit ist jetzt in ein neues Stadium getreten: die stattgehabten Untersuchungen haben ergeben, daß das Wasser sämlicher Brunnen, auch das des bisher so gerührten Schloßbrunnens, für Genusszwecke unbrauchbar ist. In Folge dessen erlässt unser Magistrat eine Bekanntmachung, nach welchem das Wasser nur gekocht verwendet werden soll; wie sich das Gros der Bevölkerung zu derartigen Sachen verhält, ist leider nur zu erkennen. — Herr Brauereibesitzer Janke zeigt inzwischen die Tiefbohrungen auf seinem Grundstück unverdrossen fort; in der Tiefe von 135 Meter ist er auf einem größeren Felsen gestoßen, der durch Dynamitsprengung befreit werden soll. Man sieht in weiteren Kreisen dem Resultat dieser Bemühungen des Herrn J. mit Interesse entgegen.

Elbing, 20. Juni. (Privatelegramm.) Heute Nachts bei starkem Gewitter hat sich auch hier (wie in und bei Danzig. D. Red.) der lange ersehnte Regen eingestellt.

Graudenz, 19. Juni. Nach der amtlichen Feststellung des Wahlresultats haben erhalten: Plehn (nat.-lib.) 3687, v. Kries (cons.) 5936, v. Rocijski (pole) 9657, Dr. Lieber 21 und Jochem 407 Stimmen. Zersplittert und ungültig sind 34 Stimmen. Rocijski fehlt an der absoluten Mehrheit, die 9862 beträgt, nur 205 Stimmen.

P. aus der Kulmer Stadtteilung, 19. Juni. Die Roggenfelder, welche noch vor wenigen Wochen eine gute Mittelernte versprachen, weisen heute lückenhaft besetzte Acren auf, deren kleine Körner auf einen geringen Ertrag hinweisen. Da das Gras von Tag zu Tag kürzer wird, muß es jetzt schon gemäht werden. Um noch wenigstens etwas zu retten, sind schon vor einigen Wochen auf vielen Wirtschaften ganze Ackerfelder gemäht worden. Es ist also in diesem Jahre wieder nur auf geringe Futtererträge zu rechnen. — Der kulmische Morgen Heugras wird in diesem Jahr mit 150 Mk. im Durchschnitt bezahlt.

Kulmsee, 18. Juni. Unsere Polizeibeamten sollen an Stelle der jetzigen Seitengewehre (Füllstielbogen), mit kurzen Seitenbewehrungen, wie solche die kgl. Schuhmannschaft trägt, bewaffnet werden. Ferner erhalten sie neue Bekleidungsgegenstände. Die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von 246 Mk. 50 Pf. sind in der letzten Stadtverordneten-Versammlung bewilligt worden.

K. Schweiz, 19. Juni. Nachdem das sogenannte Johanni-Hochwasser auf die normale Höhe gefallen ist, erst der Schaden zu übersehen, den die Überflutung verursacht hat. So prachtvoll der Anblick der Saaten auf den hiesigen städtischen Wiesenländereien vor der Überschwemmung war, so traurig ist er nach derselben. Die Kartoffelfelder sind mit Schäden bedeckt und die Pflanzen bereits in Fäulnis übergegangen; die Getreidefelder und Graswiesen sind ebenfalls verschlissen, müssen abgemäht und kann das Material allenfalls als Streu verwendet werden. Einzelne Befisher haben einen nach vielen Hunderten von Mark zu schädigenden Schaden erlitten. Noch mehr sind die Arbeiterfamilien zu bedauern, welche sogenannte Kartoffelrüben pachten, um für die erwerbslose Zeit, den Winter, sich mit dem nötigen Kartoffelvorrath, das Hauptnahrungsmittel der Armen, zu versorgen. Nicht nur die aufgewandte Zeit und Arbeit, sondern auch die Aussaat und das Pachtgeld sind verloren gegangen. — Der heutige Jahrmarkt war nur sehr schwach besucht; mehr Veräußerung als Räufer. Der Auftrieb von Vieh und Pferden war dagegen reichlich, doch war das Material in nur wenig gutem Zustande, der Handel bei gedrückten Preisen deshalb flau.

König, 19. Juni. Die hiesige Gewerbeausstellung verprüft nach den eingegangenen Anmeldungen und den getroffenen Arrangements außerordentlich schön zu werden. Wie das „An. Tagebl.“ hört, werden auch die vier Czarsker Holzindustriefirmen vertreten sein und am Platze unter Benutzung vorhandener Motoren ihre Maschinen arbeiten lassen. Leider hält noch mancher mit der in Aussicht gestellten Anmeldung zurück; da nunmehr ernstlich an die Projektierung und Vergebung der erforderlichen Bauten gedacht werden muß, so ist es dringend nötig, daß die noch rückständigen Anmeldungen nun ungefähr eingefüllt werden, damit das Raumbedürfnis festgestellt werden kann. Von Seiten des Ministers der Landwirtschaft ist eine Anzahl silberner und bronzer Preismedaillen speziell für Erzeugnisse des Obst- und Gartenbaues, sowie der Biennenzucht gestiftet worden. Für die mit der Ausstellung zu verbindende Lotterie, wo zu den Gewinnen aus den Ausstellungsgegenständen angekauft werden sollen, werden die Lose jetzt ausgegeben.

Ing. aus Ostpreußen, 19. Juni. Im Regierungsbezirk Gumbinnen hat das Gesetz betreffend die Errichtung von Rentengütern bisher in der Praxis nur in ganz vereinzelten Fällen Anwendung gefunden, trotzdem es an der Bereitwilligkeit vieler Befisher, ihre Grundstücke in Rentengüter umzuwandeln, keineswegs gefehlt hat. Als Grund dafür wird in den aus den einzelnen Kreisen eingegangenen Berichten angegeben, daß es den Rententugutsnehmern an den zur Bildung eines Rentengutes erforderlichen Geldmitteln gefehlt habe. Neuerdings wird nun berichtet, daß eine lebhafte Bewegung in dieser Richtung dadurch eingetreten sei, daß sich Leute gefunden haben, welche die nötigen Vorarbeiten gewerbsmäßig besorgen. — In Bezug auf die Arbeiterverhältnisse hat die Auswanderung in einzelnen Gegenden nachgelassen; aus mehreren Kreisen wird sogar die Rückkehr und der Wiedereintritt ausgewanderter Arbeiterfamilien in ihr früheres heimatliches Dienstverhältnis constatirt. Jedoch wird noch fast allgemein über den Mangel an unverheirathetem Gesinde, zum Theil auch an freien Arbeitern klage geführt unter Hinweis darauf, daß gerade die jüngeren kräftigsten und tüchtigsten Knüpfe und Mägde

nach dem Westen ziehen. Aus dem Kreise Lüslit wird berichtet, daß ca. 20 Prozent der dortigen Arbeiterwohnungen leer stehen, trotzdem die Auswanderung nicht genommen hat, während die Zahl der in sämtlichen Gemeinden des Kreises Olszko leerstehenden Arbeiterwohnungen nur 2–4 Prozent betragen soll.

\* Der Landrat Müller zu Johannishurg ist zum Regierungsrath ernannt worden.

\* Dem Rittergutsbesitzer, Mitgliede des Hauses der Abgeordneten, Walther Koymach zu Althof-Memel ist die in Silber ausgeprägte Gestüt-Medaille verliehen worden.

Schneidemühl, 20. Juni. (W. L.) Die durch den Brunnenbau hervorgerufene Erdsehnenung beträgt bereits einen Meter. zerstört sind 23 Häuser. 80 Familien mußten ihre Wohnungen räumen, Pioniere sind zur Hilfeleistung eingetroffen. Heute früh stürzte das Straubel'sche Haus ein und jeden Augenblick wird der Einsturz anderer Häuser in der Großen und Kleinen Kirchenstraße erwartet. Der Handel stockt. Ohne Staatsbeihilfe wird sich die Stadt schwerlich erhalten.

## Vermischtes.

\* Berlin, 19. Juni. Unfälle auf dem Wasser haben sich gestern in größerer Zahl ereignet. In der Nähe von Rahnsdorf auf dem Müggelsee kenterte ein Boot, in dem 4 junge Leute saßen. Einer ertrank, die übrigen wurden gerettet. Fast auf derselben Stelle schlugen die vom starken Westwind aufgeweckten Wellen ein Boot voll Wasser, daß mit 2 Insassen besetzt war. Das Fahrzeug sank, beiden jungen Leuten gelang es, sich so lange über Wasser zu halten, bis ihnen Rettung nahte. Einer von ihnen verlor seine goldene Uhr, der andere eine Brieftasche mit 150 Mk. Gegen 7 Uhr Abends kenterte auf dem Rummersburger See ein Segelboot. Hierbei sollen 3 Personen das Leben eingebüßt haben. Nähere Nachrichten über den Unfall fehlen. In der Spree bei Treptow wurde Abends die Leiche eines 40 bis 50 Jahre alten Mannes gefunden, der blonde Haar und einen röhlichen Vollbart hatte. Ob hier gleichfalls ein Unglücksfall auf dem Wasser vorliegt, bleibt noch abzuwarten.

\* [Wettschwimmerinnen.] Bei dem großen Wettschwimmen, das der Charlottenburger Schwimmverein von 1887 am Sonntag am Hochsee abhielt, fand auch ein Mädchenschwimmen für Mädchen im Alter bis zu 14 Jahren statt. Die Siegerin durchschwamm die 75 Meter lange Strecke in 1 Minute 40 Sekunden, die zweite erreichte 9 Sekunden später das Ziel.

\* Dresden, 19. Juni. Die Dresdner Haide wurde gestern von einem ungeheuren Waldbrande heimgesucht. Die gesamte Dresdener Garnison war alarmiert. Das Unterdrücken des Feuers gelang wegen Wassermangels erst nach großen Mühen. Ein in der Nähe gelegenes Pulvermagazin war äußerst gefährdet.

\* Altona 19. Juni. Auf dem Hallgrundberg brennt seit gestern der Kannenwald. Militär ist mit der Lokalisirung beschäftigt, doch ist der Schaden schon sehr bedeutend.

Nancy, 19. Juni. Eine Frau vergiftete ihre beiden Kinder und dann sich selbst mit Strychnin, um dem Elend zu entgehen. Als dem Mann die Nachricht überbracht wurde, wurde er wahnsinnig.

Glasgow, 19. Juni. Unsere Stadt wird von einer Wassernoth bedroht. Der Wasserstand im Reservoir in Plymouth reicht nur noch für einen Tag aus.

Petersburg, 19. Juni. Von der Insel Sachalin wird gemeldet, daß derselbst die Influenza einen epidemischen Charakter angenommen habe und zahlreiche Opfer, sowohl unter dem Beamtenpersonal, wie auch unter den Iwangsansiedlern und Iwangsarbeitern fordert.

Petersburg, 19. Juni. Die Getreidefelder an der oberen Wolga werden von Heuschrecken schwärmen heimgesucht.

Riemes, 19. Juni. Bei den gestrigen Stierkämpfen entstand hier ein großer Krawall zwischen dem Publikum und der Polizei, weil ersteres in Folge der Weigerung des Stierkämpfers Andrade, vor Bezahlung in die Arena zu gehen, sein Eintrittsgeld zurückverlangte. Schließlich stellte Infanterie die Ruhe wieder her.

Schiffsnachrichten.

Amsterdam, 17. Juni. Das norwegische Schiff „Wimmera“ ist auf der Reise von Mobile nach Holland mit Mann und Maus untergegangen.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Juni. (Privatelegramm.) Vor der heutigen Gerichtsverhandlung gegen den Antisemiten Paash wegen Beleidigung des Gesandten Brandt, sowie höherer Beamten des Auswärtigen Amtes versuchte Paash, sich im Untersuchungsgesängnis im Zustande der Exaltation die Pulsader zu öffnen. Die Verhandlung wurde auf zwei Stunden vertagt, und der Gerichtspräsident mit der Untersuchung Paashs beauftragt.

Berlin, 20. Juni. (W. L.) In der Herrenhaus-Commission erklärte heute der Finanzminister Miguel bei der Debatte des Ergänzungssteuergesetzes, an eine Einführung der Reichs-Erbstabssteuer werde nicht gedacht.

## Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Juni.

Ers.v.19. Ers.v.19.

Weizen, gelb 180,50 163,00 5% do. Rente 91,70 91,80

Juni-Juli. 185,70 167,70 4% rm. Gold- Rente 84,00 84,10

Roggen 75,50 75,50 5% Anat. ö. 92,20 92,20

Zucker 146,70 148,20 14% gr. Gr. 96,20 96,20

Sept.-Okt. 153,00 154,70 2. Orient-A. 67,20 67,80

Hafer 173,50 175,00 Lombard 94,90 94,60

Sept.-Okt. 156,70 158,25 Cred. Actien 176,40 176,60

Petroleum per 200 kg. Disc.-Com. 184,60 185,10





vorigen Woche 5787 Tonnen gegen 5834 Tonnen in der selben Woche des vorigen Jahres.

**Liverpool, 19. Juni. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Lieferungen: Juni - Juli  $\frac{43}{8}$  Räuberpreis, Juli-August  $\frac{43}{8}$  do., August-September  $\frac{43}{2}$  Räuberpreis, Septbr.-Oktober  $\frac{43}{2}$  Räuberpreis, Oktober-November  $\frac{47}{64}$  do., November-Dezbr.  $\frac{47}{16}$  do., Dezember-Januar  $\frac{49}{64}$  do., Jan.-Februar  $\frac{43}{64}$  d. Verkäuferpreis.**

## Productenmärkte

Rögnäsberg, 19. Juni. (v. Dörflatus und Grothe.)  
 Roggen per 1000 Rilogr. int. 714 bis 744 Gr. 130 M  
 per 714 Gr. — Gerste per 1000 Rilogr. kleine 120,  
 122 M bez. — Hafer per 1000 Rilogr. inländisch 152,  
 159, 160, 161 M bez. — Erbsen per 1000 Rilogr.  
 weiße 125, 128 M bez., graue russ. Futter- 98, Pe-  
 luschken 109 M bez. — Bohnen per 1000 Rilogr. russ.  
 Sau- 193 M bez. — Wicken per 1000 Rilogr. 125,  
 130, russ. m. Geruch 110 M bez. — Leinsaat per  
 1000 Rilogr. feine 215 M bez. — Dotter per 1000  
 Rilogr. russ. Hanfsaat 198, 199 M bez. — Weizenkleie  
 per 1000 Rilogr. russ. grobe 82, mittel 78, m. Aluten  
 76,50, feine 78 M bez. — Spiritus per 10000 Liter %  
 ohne Fah. loco contingentirt  $56\frac{1}{2}$  M. Gd., nicht contingentirt  $36\frac{1}{2}$  M. Gd., per Juni nicht contingentirt 37 M.  
 Br., per Juli nicht contingentirt  $36\frac{1}{2}$  M. Gd., per Aug.  
 nicht contingentirt  $36\frac{1}{2}$  M. Gd., per September nicht  
 contingentirt 37 M. Gd. — Die Notirungen für russisches  
 Getreide gelten transito.

Gießen, 19. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco fest, 150—157, vor Juni-Juli 159,50 per Septbr.-Oktober 164,00. — Roggen loco fest, 132—140, vor Juni-Juli 146,00, per Sept.-Okt. 150,00. — Dommericher Hafer loco 158—165. — Rübel loco fest, vor Juni 49,20.

Die Börse hat die neue Woche ziemlich gut angefangen, die Tendenz war um eine Kleinigkeit gegen Sonnabend verbessert, doch zeigte das Geschäft die nämliche Stille wie in den vorhergegangenen Tagen. Eine Ausnahme machten Mexikaner und die speculativen Bankaktien, die ziemlich lebhaft umgelebt wurden, indeß rührte auch diese Bewegung nur von speculativen Umsätzen her. Das Geschäft auf dem Cassa-Gebiete blieb eng begrenzt. Die Börse schloß im allgemeinen ziemlich fest. Auf dem Gebiet der fremdländischen Renten blieben die Umsätze sehr eng begrenzt. Ungarn, Italiener und russische Fonds ziemlich fest. Griechische Anleihen, mit Ausnahme der Monopol-

Deutsche Fonds.		Lü
Deutsche Reichs-Anleihe	4	100,70
do.	do.	100,60
do.	do.	86,75
Konsolidirte Anleihe ..	4	107,50
do.	do.	100,90
do.	do.	86,80
Staats-Schuldscheine ..	3½	99,80
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	3½	96,40
Westpr. Prov.-Oblig.	3½	97,60
Ländisch. Centr.-Pfdbr.	3½	98,50
Ostpreuss. Pfandbriefe ..	3½	97,00
Pommersche Pfandbr.	3½	98,80
Posenische neue Pfdbr.	4	102,10
do.	do.	97,25
Westpreuss. Pfandbriefe ..	3½	97,25
do. neue Pfandbr.	3½	97,25
Pomm. Rentenbriefe ..	4	103,25
Posenische do.	4	103,20
Breithülsche do.	4	103,20

## Ausländische Fonds.

Desterr. Goldrente . .	4	97,50
Desterr. Papier-Rente	5	—
do. do.	4½/5	81,20
do. Silber-Rente .	4½/5	80,75
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	4½/2	103,20
do. Gold-Rente .	4	96,20
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	98,60
do. Rente 1883	6	103,20
do. Rente 1884	5	—
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 2. Orient Anleihe	5	87,80
Russ. 3. Orient- Anleihe	5	69,70
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	5	65,80
Poln. Pfandbriefe . . .	5	66,75
Italienische Rente . .	5	91,80
Rumänische amort. Anl.	5	97,70
Rumänische 4% Rente . .	4	83,90

per September-Oktober 49,50. — Spiritus loco  
behvt., mit 70 M Consumsteuer 36,40, per Juni 35,70,  
per August-Sept. 36,30. — Petroleum loco 9,25.

Berlin, 19. Juni. Weizen loco 155—168 M., per Juni-Juli 161.50—163 M., per Juli-August 162—164 M., per Septbr.-Oktbr. 168.25—168.50—167.75 bis 168 M., Oktober-November 168—169.75—169.25 M., Nov.-Dezbr. 170—171.50—170.50 M. — Roggen loco 143—149 M., guter int. 146—148.50 M. a. Bb., per Juni-Juli 148—149—148.50 M., per Juli-August 149.75—150.50—149.75 M., per Sept.-Okt. 154.75—155.75—154.75 M. — Hafer loco 167—180 M., mittel u. guter ost. u. westfr. 169—173 M., domin. und uckermärk. 170—174 M., schlesischer, böhmischer, sächsischer und süddeutscher 170—174 M., feiner idel., mährischer und böhm. 175—177 M. ab Bahn., per Juni 174.50—175.50 M., per Juni-Juli 174—175 M., per Juli-August 164—164.50—164.25 M., per Sept.-Oktober 158.25—159—158—158.25 M., per Oktbr.-Novbr. — M. — Mais loco 114—124 M., per Juni 115—114.50 M., per Juni-Juli 115—114.50 M., per Juli-August 115—114.50—114.75 M., per Septbr.-Oktober 118.50—119.25—118.75 M. — Gerste loco 123—170 M. — Kartoffelmehl per Juni 19 M. Br., 18.75 M. Bd. — Trockene Kartoffelstärke per Juni 19 M. Br., 18.75 M. Bd. — Feuchte Kartoffelstärke per Juni M. — Erdbeben loco Futterwaare 138—150 M. Roohwaare 152—200 M. — Weizenmehl Kr. 00 22.00—20.00 M., Jr. 0 19.00 bis 16.00 M. — Roggengemehl Kr. 0 u. 1 19.50—18.25 M. ff. Marken 21.85 M., Juni — M., per Juni-Juli 19.80—19.70—19.75 M., per Juli-Aug. 19—19.85—19.90 M., per Sept.-Okt. 20.40—20.35—20.40 M. — Petroleum loco 18.0 M. — Rübstöhl loco ohne Zah 49.3 M., per Juni 50 M., per Sept.-Oktbr. 50.1—50.2 M., per Novbr.-Dezbr. 50.3—50.4 M. — Spiritus ohne Zah loco unversteuert (50 M.) M., loco unversteuert (70 M.) 38.1—38.0—38.1 M.

per Juni 36.5—36.7—36.6 M., per Juni-Juli 36.5—36.7—36.6 M., per Juli-August 36.7—36.8 M., per Aug.-Sept. 37.2—37.4—37.3 M., per Sept.-Oktbr. 37.0 bis 37.3—37.9 M., per Sept. 37.5—37.7—37.6 M. —  
Tier per Stück 2.30—2.50 M.

Magdeburg, 19. Juni. Zuckerbericht. Rorzucker  
excl. von 92 % 19.70, Rorzucker excl. 88 % Rende-  
ment 19.00. Nachprodukte excl. 75 % Rendement 16.15.  
Fest. Brodräffinade I. 31.00. Brodräffinade II. 30.75.  
Gem. Raffinade mit Fak. — Gem. Melis I. mit  
Fak. 30.25. Fest. Rohzucker I. Product transito-  
r. a. B. Hamburg per Juni 18.90 Gd., 19.10 Br.,  
per Juli 19.05 Gd., 19.17½ Br., per August 19.25 bei.  
19.30 Br., per September 17.77½ bez. und Br. Alte  
Ernte ruhig, neue sehr fest.

Wolle.

Königsberg, 19. Juny. Wollmarkt. Die Zufuhr beträgt bis heute ca. 3000 Cr. Das Geschäft bleibt schleppend bei einem Preisabschlag von 10—15 M. Die Hauptkäufer haben am Sonnabend den Platz verlassen, man vermutet, daß einige derselben morgen zurückkehren.

Berlin, 19. Juni. Beim Beginn des heutigen offenen Wollmarktes waren auf demselben eingelagert resp. in der Ausladung begriffen 11 200 Ctr. gegen 18 170 Ctr. in 1892, mithin weniger 6970 Ctr. Reflectanten waren nicht besonders zahlreich erschienen, zeigten aber groÙe Kaufeigtheit, so daß sich bald ein verhältnismäßig reger Verkehr entwickeln konnte. Die Gebote betragen anfänglich 15 M unter vorjährigen Wollmarktspreisen, steigerten sich aber bald bei der Abgängigkeit der Inhaber, hierzu abzugeben. Gegenseitiges Entgegenkommen führte schließlich zu einer Einigung, welche für die in derselben Condition wie im Vorjahr befindlichen Wollen einen durchschnittlichen Werthabschlag von 7 bis 9 M ergaben, vereinzelt darüber oder darunter je nach

Digitized by srujanika@gmail.com

## Berliner Fondsbörse vom 19. Juni.

anleihe, etwas abgeschwächt. Das Geschäft in den einheimischen Staatsfonds blieb gleichmäig gut. 4prozentige und  $\frac{3}{4}$ prozentige Consols waren um 10 gestiegen, die  $\frac{3}{4}$ prozentige Anleihe um ebenso viel zurückgegangen. Den Eisenbahnactien war sehr wenig zu thun. Auch die Prioritäts-Obligationen haben ein schwaches Geschäft aufzuweisen. Der Markt für Bergwerks-Papiere und Cassaverthe war still, auch in den industriellen Papieren war ein geringer Verkehr. Der Privatdiscont lag gegen Sonnabend um  $\frac{1}{2}$  Proc. an, er notierte  $\frac{3}{5}$  Procent.

rk. Admin.-Anleihe .		94,00	Lotterie-Anleihen.	
rk. conv. 1 % Anl. L. a. D.	1	22,00	Bad. Drämiens-Anl.	1867 4
rbürige Gold-Bidbr. .	5	87,25	Baier. Drämiens-Anleihe	4 145,0
do. Rente . . . . .	5	88,20	Braunsch. Br.-Anleihe	— 107,4
do. neue Rente . . . .	5	80,00	Gotb. Bräm. - Pfandbr.	3½/ 112,0
teich. Goldan d. 1890	5	44,20	Hamburg. 50th.-Loose	3 135,5
gican. Anl. L. a. u. 1890	6	71,10	Höln.-Mind. Br.-G. . . .	3½/ 132,2
do. Eisenb. St.-Anl.	5	58,75	Lübecker Dräm.-Anleihe	3½/ 129,0
(1 Ltr. = 20,40 M.)	5		Desterr. Loose 1854 . . .	4 127,7
IL-VIII. Serie (gar )	4	84,10	do. Tred.-L. v. 1858	— 330,5
			do. Loose von 1860	5 127,0
			do. 1864	— 331,5
			Oldenburger Loose . . . .	3 127,7
			Dr. Bräm.-Anleihe 1855	3½/ 95,0
			Raab-Graz. 100L.-Loose	4 168,1
			Brüm. Dräm.-Anl. 1869	5 —
			do. do. von 1866	5 —
			Ung. Loose . . . . .	—

## Eisenbahn-Stamm- und

## **Stamm - Prioritäts - Aktie**

	Dir. 189
chen-Maastricht . . . . .	$2\frac{1}{4}$ 61,9
ain-Ludwigshafen .. . . .	$4\frac{1}{2}$ 110,6
arien-Mlawk-St.-A. . . . .	$\frac{1}{2}$ 71,6
do. do. St.-Dr. . . . .	5 110,3
preuß. Südbahn . . . . .	0 75,2
do. St.-Dr. . . . .	2 108,6
al-Bahn-St.-A. . . . .	— 24,7
do. St.-Dr. . . . .	$3\frac{1}{2}$ 93,2
argard-Boien . . . . .	$4\frac{1}{2}$ 101,3
rimar-Gar. . . . .	— 14,2
do. St.-Dr. . . . .	$3\frac{2}{3}$ 87,5
lizier . . . . .	—
ttbarbahn . . . . .	$6\frac{1}{2}$ 163,8

† Sizien vom Staate gar.	D.v.	1892.	
† Kronpr.-Rud.-Bahn .	4 $\frac{3}{4}$	—	Ba
Lüttich-Limburg . . . .	—	25,25	Ber
Österr. Franz.-St. . .	5	—	Ber
† do. Nordwestbahn. .	4 $\frac{1}{2}$	88,50	Ber
do. Lit. B. . . .	5 $\frac{1}{4}$	—	Bre
† Reichenb.-Bardub. .	—	—	Bre
† Russ. Staatsbahnen. .	5	131,10	Dan
Russ. Südwestbahn . .	—	76,80	Dan
Schweiz. Unionb. . . .	22 $\frac{1}{2}$	78,00	Deu
do. Westb. . . .	—	—	d
Österr. Lombard . . .	3 $\frac{3}{5}$	44,70	d
Marienau-Mien . . . .	11 $\frac{1}{2}$	207,80	d

## Ausländische Prioritäten

Gotthard-Bahn	4	103,10
+ Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	57,70
+ Raich.-Derb. Gold-Br.	4	98,10
+ Kronpr.-Rudolf.-Bahn	4	81,30
+ Westerr. Fr.-Stadtss.	3	85,30
+ Westerr. Nordwestbahnen do. Elbthalb. . .	5	91,10
+ Südösterr. B. Lomb. . .	3	—
+ do. 5% Oblig.	5	65,90
+ Ungar. Nordostbahn. . .	5	104,10
+ do. do. Gold-Br.	5	—
Anatol. Bahnen . . .	5	92,20
Brest-Grajewo . . .	5	99,90
+ Kursk-Charkow . . .	4	94,90
+ Kursk-Riew . . .	4	94,90
+ Mosko-Rjajian . . .	4	96,00
+ Mosko-Smolensk . . .	5	102,90
Orient. Eisenb.-B.-Obl.	4½	100,90
+ Rjajian-Astrow . . .	4	94,90
+ Warischau-Terespol.	5	104,00
Dregon Railw. Rav. Bds.	5	90,80
Northern-Pacific-Eis. III.	6	101,20
do. do. . .	7	73,10

n- und Industrie-Actionen. 1892.		A. B. Omnibusgesellich.	214.25	12
liner Kassen-Verein	—	4½	Gr. Berl. Pferdebahn	222.00
liner Handelsge-	140.80	6	Berlin. Dappen-Fabrik	91.75
l. Prod. u. Hand.-A.	—	—	Wilhelmshütte	55.00
emer Bank	104.20	4½	Oberföhrle. Eisenb.-B.	49.60
esl. Discontbank	101.50	5		1½
wiger Privatbank	—	7½		
städtler Bank	137.00	5½	Berg- u. Hüttengesellschaften.	Diss. 1892.
utsche Genossensch.-B.	117.50	4½/8	Dortm. Union-St.-Prior	53.00
o. Bank	159.00	8	Königs- u. Laurahütte	100.50
Effecten u. M.	112.30	5	Stolberg. Zink	36.60
o. Reichsbank	150.90	6.38	do. St.-Dr.	106.60
			Victoria-Hütte	6

## Wetzel-Cours vom 19. Juni.

haer Gruner-Bk.	93,60	3½	Amsterdam	8 Tg.	3	168,25
nb. Commerz.-Bank	—	4	do.	2 Mon.	3	167,80
nördliche Bank	107,00	4½	London	8 Tg.	2½	20,385
Königsb. Vereins-Bank	99,40	5	do.	3 Mon.	2½	20,31
Decher Comm.-Bank	116,10	6	Paris	8 Tg.	2½	81,00
agdbo. Privat-Bank	108,80	5	Brüssel	8 Tg.	3	80,85
ünninger Hypoth.-B.	109,25	6	do.	2 Mon.	3	80,60
ostdeutsche Bank	131,60	4½	Wien	8 Tg.	3	165,75
österr. Credit-Anstalt	—	9,06	do	2 Mon.	3	165,10
omm. Hyp.-Act.-Bank	—	—	Detersburg	3 Wdh.	4½	214,90
o. do. conv. neue	113,00	6	do.	3 Mon.	4½	214,20
enier Provinz-Bank	103,50	4½	Warischau	8 Tg.	5½	215,80
Boden-Credit	132,60	7				
Centr.-Boden-Cred.	159,00	8½	Iiscont der Reichsbank 4 %.			

**Gorten.**

181,50	7	Dukaten . . . . .	—
		Sovereigns . . . . .	20,335
		20-Trancs.-St.	16,24
		Imperials ver 500 Gr.	—
		Dollar . . . . .	4,185
		Englische Banknoten . . . . .	20,40
		Frankösche Banknoten . . . . .	80,95
		Österreicherische Banknoten . . . . .	165,80
		Deutsche Banknoten . . . . .	220,00